

Mehr Europa ist notwendig

Reutlingen. Gerhard Schick, finanzpolitischer Sprecher der Grünen-Bundestagsfraktion, gab in der Uhlandhöhe grüne Antworten auf die Euro-Krise.

"Der volle Saal zeigt, wie wichtig eine aufklärende Diskussionsveranstaltung zur Euro-Krise ist", stellte Reutlingens Grünen-Bundestagsabgeordnete Beate Müller-Gemmeke fest. Die Bundesregierung habe den Informationsbedarf durch ihr unklares Handeln noch vergrößert: "Der Zick-Zack-Kurs hat die Situation verschlimmert. Das verunsichert die Märkte. Und viel wichtiger: es verunsichert die Menschen". Müller-Gemmeke kritisierte die unverantwortlichen Sparpakete, "denn diese haben Griechenland in die Rezession getrieben zu Lasten der Armen und Ärmsten mit der Folge, dass die Sparbemühungen nicht wirken können."

In seinem Vortrag zeichnete Gerhard Schick einen verständlichen Abriss der Krise, die bereits 2008 begann. Was man aktuell erlebe, sei nicht nur Folge unverantwortlichen Schuldenmachens einzelner Staaten. "Es ist auch das Ergebnis einer falsch durchgeführten Bankenrettung." Irland beispielsweise sei erst nach der Bankenrettung in eine wirtschaftliche Schiefelage gekommen.

"Eine gemeinsame europäische Bankenrettung inklusive Gläubigerbeteiligung hätte den Dominoeffekt vermieden. Aber das wollte die Kanzlerin sich nicht leisten". Nun kämen doch immer neue gemeinsame Maßnahmen. "Auf dem Weg dahin ist viel wertvolle Zeit verspielt worden. Und die Regierung hat sehr viel Glaubwürdigkeit verschenkt".

Natürlich seien auch Staatsschulden ein Teil des Problems, sagte Schick über Griechenland. Aber der übergroße Spardruck, der erzeugt werde, "ist eine symbolische Bestrafung und keine ökonomische Lösung". Wichtig seien Korrekturen im Finanzsystem der gesamten EU. "Wenn Europa ein Schiff ist in rauher See, dann ist es nicht sehr klug, sich gegenseitig bestrafen zu wollen. Wichtig ist, gemeinsam das sichere Ufer zu erreichen", so Schick.

In dieser Krisensituation sei "eine ganze Reihe von guten Maßnahmen jetzt greifbarer denn je, aber es braucht Mut, sie endlich anzupacken". Etwa die Finanztransaktionssteuer, "um Tempo aus dem überschnellen Handel rauszunehmen", eine höhere Eigenkapitalquote bei Banken und eine Schuldenbremse für Banken. Die Regierungen müssten Schulden- und Bankenkrise trennen. Aber auch Maßnahmen wie ökologische Investitionen und gesetzliche Mindestlöhne trügen durch Ankurbelung der Binnennachfrage zur Stabilisierung bei, "denn das Defizit der Einen ist der Überschuss der Anderen. Wir müssen uns fragen, ob es der Stabilität der Wirtschaft wirklich dient, wenn mit niedrigen Löhnen sehr hohe Gewinne erzielt werden, für die es keine sichere Anlagemöglichkeit mehr gibt". Ein europäisches Handeln mit klaren Regeln und echter Beteiligung der Nationalstaaten sei notwendig, denn ein Scheitern des Euro würde teuer.